

# Inhaltsverzeichnis

<b>I</b>	<b>Betriebsaufspaltung im Blickwinkel der Betriebsprüfung . . .</b>	<b>1</b>
	Schrifttum . . . . .	1
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	4
1	Die Bedeutung der Betriebsaufspaltung für die (mittelständische) Wirtschaft . . . . .	7
2	Fehlende Rechtsgrundlagen der Betriebsaufspaltung im Steuerrecht . . . . .	9
3	Abgrenzung zu Mitunternehmerschaft, Betriebsverpachtung und Betriebsführungsvertrag . . . . .	10
	3.1 Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft . . . . .	10
	3.2 Abgrenzung zur Betriebsverpachtung . . . . .	11
	3.3 Abgrenzung zum Betriebsführungsvertrag . . . . .	11
4	Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung . . . . .	12
	4.1 Personelle Voraussetzungen . . . . .	13
	4.1.1 Mehrheit von Personen bei Besitz- und Betriebsgesellschaften (Bestimmung der erforderlichen Beteiligungsverhältnisse) . . . . .	13
	4.1.2 Besonderheiten bei der Zusammenrechnung von Beteiligungen naher Angehöriger . . . . .	17
	4.1.3 Sonstige Beherrschungskriterien . . . . .	22
	4.1.4 Gestaltungsvarianten zur Vermeidung der Betriebsaufspaltung . . . . .	32
	4.2 Sachliche Voraussetzungen (Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen) . . . . .	38
	4.3 Nachträgliche Erfassung einer Betriebsaufspaltung . . . . .	49
	4.4 Steuerliche Einzelfragen bei der Begründung der Betriebsaufspaltung . . . . .	50
	4.4.1 Vollzug der Betriebsaufspaltung (steuerliche Konsequenzen bei rückwirkend vorgenommenen Betriebsaufspaltungen) . . . . .	51
	4.4.2 Problematik der Gewinnrealisierung bei der Begründung der Betriebsaufspaltung . . . . .	52
5	Beendigung der Betriebsaufspaltung . . . . .	60
	5.1 Beendigung des Pachtvertrags (Weiterverpachtung an Dritte) . . . . .	60
	5.2 Wegfall der personellen oder sachlichen Voraussetzungen . . . . .	63

5.3	Umwandlung der Betriebskapitalgesellschaft auf das Besitzunternehmen . . . . .	71
5.4	Einbringung des Besitzunternehmens in die Betriebskapitalgesellschaft . . . . .	72
<b>II</b>	<b>Schätzung in der Betriebsprüfung . . . . .</b>	<b>75</b>
	Schrifttum . . . . .	75
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	78
1	Voraussetzungen für die Schätzung . . . . .	79
2	Rechtsprechung zur Schätzung . . . . .	80
3	Die Buchführung als Ansatzpunkt für den Betriebsprüfer . . .	81
4	Das Grundprinzip des Benford'schen Gesetzes . . . . .	90
5	Der Chi-Quadrat-Test . . . . .	91
6	Folgen der Vernichtung von Unterlagen . . . . .	95
7	Schätzung von Zinseinkünften . . . . .	96
8	Nachkalkulation . . . . .	97
9	Geldverkehrs- und Vermögenszuwachsrechnung (Methoden zur Aufdeckung von Schwarzgeldern) . . . . .	99
10	Zeitreihenvergleich . . . . .	102
11	Äußerer Betriebsvergleich . . . . .	105
12	Schätzungsfehler . . . . .	106
13	Schätzung trotz anhängigen Strafverfahrens . . . . .	106
<b>III</b>	<b>Rückstellungen in der Praxis der Betriebsprüfung . . . . .</b>	<b>109</b>
	Schrifttum . . . . .	109
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	117
1	Typen von Rückstellungen . . . . .	120
2	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten . . . . .	122
	2.1 Gründe für die Bildung einer Rückstellung . . . . .	122
	2.2 Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen . . . . .	125
	2.3 Ungewissheit . . . . .	133
	2.4 Betriebliche Veranlassung . . . . .	138
	2.5 Wahrscheinlichkeit des Bestehens der Verbindlichkeit und der Inanspruchnahme . . . . .	139
	2.6 Wirtschaftliche Belastung (Verursachung) in der Vergangenheit . . . . .	144
	2.7 Bewertung von Rückstellungen . . . . .	148
	2.8 Die Neuregelung der sog. angeschafften Rückstellungen nach § 4 f und § 5 Abs. 7 EStG . . . . .	153
	2.9 Auflösung von Rückstellungen . . . . .	155
	2.10 Nachholung einer nicht gebildeten Rückstellung . . . . .	156

3	Sonstige Rückstellungen im Überblick . . . . .	156
3.1	Erfolgsabhängige Verpflichtungen (§ 5 Abs. 2a EStG) . . . . .	156
3.2	Rückstellungen wegen Verletzung fremder Schutzrechte (§ 5 Abs. 3 EStG) . . . . .	157
3.3	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen (§ 5 Abs. 4 EStG) . . . . .	158
3.4	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 5 Abs. 4a EStG) . . . . .	158
3.5	Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Entsorgungsrückstellungen für radioaktive Reststoffe oder Anlageteile (§ 5 Abs. 4b EStG) . . . . .	162
3.6	Steuerbilanzielle Bildung von Bewertungseinheiten bei Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken (§ 5 Abs. 1a EStG) . . . . .	164
<b>IV</b>	<b>Gewerblicher Grundstückshandel . . . . .</b>	<b>167</b>
	Schrifttum . . . . .	167
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	169
1	Dauerbrenner-Thema in der Betriebsprüfung. . . . .	170
2	Probleme bei der Abgrenzung der Gewerblichkeit. . . . .	170
3	Die Drei-Objekt-Grenze ist ein wichtiges, aber nicht immer allein entscheidendes Kriterium. . . . .	172
4	Einzelfragen der Abgrenzung zwischen privater Vermögensverwaltung und Gewerbebetrieb . . . . .	181
4.1	Fünf-Jahres-Zeitraum: geringfügige Überschreitung schadet nicht . . . . .	181
4.2	Was zu den „Objekten“ i. S. der „Drei-Objekt-Grenze“ zählt . . . . .	182
4.2.1	Unbebaute Grundstücke gehören ebenfalls zu den Objekten. . . . .	182
4.2.2	Nicht einzubeziehende Objekte . . . . .	185
4.2.3	Rechtliche Zweifelhafteit von Einbringungsvorgängen als Anschaffungen. . . . .	188
4.3	Eine bedingte Veräußerungsabsicht ist schwer zu widerlegen . . . . .	189
4.4	Branchennähe stützt die bedingte Veräußerungsabsicht . . . . .	193
4.5	Erbfälle bleiben unberücksichtigt – Ausnahme ist der Erwerb i. R. der vorweggenommenen Erbfolge. . . . .	194

4.6	Gewerblicher Grundstückshändler ist, wer Erschließungsmaßnahmen in „eigener Regie“ durchführt . . . . .	195
4.7	Aufteilung in Eigentumswohnungen . . . . .	196
4.8	Drei-Objekt-Grenze: Keine Abschirmwirkung von Personengesellschaften. . . . .	197
4.9	Drei-Objekt-Grenze: Eingeschränkte Abschirmwirkung der GmbH. . . . .	200
5	Beginn des gewerblichen Grundstückshandels; Ermittlung des Veräußerungsgewinns . . . . .	204
5.1	Zeitpunkt der Fertigstellung als Beginn des gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	204
5.2	Ermittlung des Veräußerungsgewinns. . . . .	205
6	Unterbrechung und Ende eines gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	207
7	Folgen des gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	209
8	Strategien zur Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	211
8.1	Strikte Trennung privat gehaltener Immobilien . . . . .	211
8.2	Durch geschicktes Agieren kann die Drei-Objekt-Grenze angehoben werden. . . . .	211
8.3	Nutzung der Drei-Objekt-Grenze durch Großobjekte . . . . .	213
8.4	Vermeidung von „typischen Bauträgertätigkeiten“ . . . . .	213
8.5	Ausländische Grundstücksgesellschaften . . . . .	213
9	Streitpunkt gewerblicher Grundstückshandel: In der Betriebsprüfung sind gute Argumente gefordert . . . . .	214
<b>V</b>	<b>Gesellschafter-Geschäftsführer-Vergütung</b> . . . . .	217
	Schrifttum . . . . .	217
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	219
1	Wirksamer Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer . . . . .	220
2	Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers . . . . .	222
2.1	Rechtsprechung des BFH. . . . .	222
2.2	Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der Angemessenheit. . . . .	223
2.3	Art und Umfang der Tätigkeit . . . . .	225
2.4	Ertragsaussichten der Gesellschaft . . . . .	229
2.5	Fremdvergleich . . . . .	229
2.6	Zuschläge . . . . .	230
3	Tantieme. . . . .	232
3.1	Bedeutung in der Praxis. . . . .	232

	3.2	Wirksame Vereinbarung . . . . .	233
	3.3	Angemessenheit der Tantieme . . . . .	235
	3.4	Umsatztantieme . . . . .	239
4		Pensionszusage . . . . .	240
<b>VI</b>		<b>Geschenke und Bewirtungskosten . . . . .</b>	<b>255</b>
		Schrifttum . . . . .	255
		Verwaltungsanweisungen . . . . .	255
1		Erhöhtes Mehrergebnis durch formelle Aufzeichnungspflichten . . . . .	256
2		Geschenke . . . . .	256
	2.1	Begriff der Aufwendungen für Geschenke . . . . .	257
	2.2	Unentgeltlichkeit der Zuwendung . . . . .	258
	2.3	Gegenstand des Geschenks . . . . .	261
	2.4	Wertgrenze . . . . .	262
	2.5	Empfänger von Geschenken: keine Arbeitnehmer . . . . .	262
	2.6	Rechtsfolge . . . . .	264
	2.7	Umsatzsteuer . . . . .	264
3		Bewirtungsaufwendungen . . . . .	264
	3.1	Abgrenzungen zu den Aufwendungen der Lebensführung . . . . .	266
	3.2	Definition des Bewirtungsbegriffs . . . . .	270
	3.3	Bewirtung aus geschäftlichem Anlass . . . . .	273
	3.4	Nachweis der Höhe und der betrieblichen Veranlassung . . . . .	275
	3.5	Verhältnis zwischen Bewirtungsaufwendungen und Geschenken . . . . .	278
4		Aufzeichnungspflichten . . . . .	278
	4.1	Allgemeines . . . . .	278
	4.2	Anforderungen an die Aufzeichnungen . . . . .	279
	4.3	Folgen unrichtiger Verbuchung . . . . .	281
<b>VII</b>		<b>Liebhaberei im Brennpunkt der Betriebsprüfung . . . . .</b>	<b>283</b>
		Schrifttum . . . . .	283
		Verwaltungsanweisungen . . . . .	284
1		Grundsätze der Liebhaberei . . . . .	285
2		Fehlende Einkünfterzielungsabsicht . . . . .	289
	2.1	Persönliche Gründe der Lebensführung . . . . .	290
	2.2	Von Beginn an ausschließlich persönliche Gründe (Wechsel zwischen Einkünfterzielungsabsicht und persönlichen Gründen) . . . . .	293
	2.3	Feststellungslast . . . . .	298

3	Totalgewinn .....	299
4	Einzelfragen .....	305
	4.1 Besonderheiten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung .....	305
	4.1.1 Allgemeine Grundsätze .....	305
	4.1.2 Besonderheiten bei Ferienwohnungen .....	309
	4.1.3 Subjektive Momente, Bestimmung des Prognosezeitraums, Sonstiges .....	312
	4.2 Anwendungsfragen bei Personenmehrheiten (Personengesellschaften und vergleichbare Gemeinschaftsverhältnisse) .....	318
5	Körperschaftsteuer .....	323
6	Umsatzsteuer .....	323
<b>VIII</b>	<b>Das Benennungsverlangen der Finanzämter gemäß</b>	
	<b>§ 160 AO.</b> .....	325
	Schrifttum .....	325
	Verwaltungsanweisungen .....	326
1	Kein Betriebsausgabenabzug bei unerwünschten Geschäften .....	326
	1.1 Bedeutung der Vorschrift für die Stpfl. ....	326
	1.2 Benennung des Zahlungsempfängers für den Betriebsausgabenabzug .....	327
	1.3 Verhinderung von Steuerausfällen .....	328
	1.4 Keine Ermittlungspflicht .....	328
	1.5 Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	329
2	Begriff der Schulden und Lasten .....	331
3	Verlangen der Finanzbehörde zur Empfängerbenennung ...	332
	3.1 Rechtsnatur des Verlangens .....	332
	3.2 Ermessenscharakter des Benennungsverlangens .....	332
	3.3 Genaue Bezeichnung des Empfängers .....	337
	3.4 Kein Einfluss auf Auskunftsverweigerungsrechte .....	343
4	Rechtsfolgen der Nichterfüllung des Benennungsverlangens .....	344
5	Verfahrensfragen .....	347
<b>IX</b>	<b>Private Nutzung betrieblicher Kfz; Anforderungen an ein</b>	
	<b>Fahrtenbuch.</b> .....	351
	Schrifttum .....	351
	Verwaltungsanweisungen .....	352
1	Vorbemerkungen .....	354

1.1	Keine einheitliche Betrachtungsweise bei Ertragsteuern und Umsatzsteuer . . . . .	360
1.2	Fahrtenbuchregelung . . . . .	361
1.3	Schätzung des nichtunternehmerischen Nutzungsanteils . . . . .	362
2	Fahrtenbuch mit Kostendeckelung . . . . .	362
3	Gesetzliche Neuregelung . . . . .	363
4	Praktische Auswirkungen (Fallbeispiele) . . . . .	365
5	Anforderungen an ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch . . . . .	367
<b>X</b>	<b>Der Investitionsabzugsbetrag gem. § 7g EStG nach der Unternehmenssteuerreform 2008 . . . . .</b>	<b>377</b>
	Schrifttum . . . . .	377
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	381
1	Gründe für die Neufassung des § 7g EStG . . . . .	382
	Überblick: Neues Recht versus altes Recht . . . . .	386
2	Grundelemente der neuen Fördersystematik . . . . .	390
	2.1 Allgemeines . . . . .	390
3	Förderfähige Betriebe . . . . .	392
	3.1 Definition der Betriebsvermögensgrenze . . . . .	392
	3.2 Gestaltungsmöglichkeit . . . . .	396
	3.3 Besonderheiten bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft . . . . .	397
	3.4 Bestimmung des Investitionszeitraums . . . . .	398
	3.5 Erstreckung des Investitionsabzugsbetrags auf Betriebsstätten in der EU . . . . .	399
4	Konkretisierung der Investitionen . . . . .	399
	4.1 Dokumentation der Investitionsabsichten . . . . .	399
	4.2 Finanzierungszusammenhang zwischen Bildung des Investitionsabzugsbetrags und der Investitionen . . . . .	401
	4.3 Probleme bei der nachträglichen Geltendmachung des Investitionsabzugsbetrags . . . . .	403
	4.4 Weitere Einzelfragen . . . . .	405
5	Verbleibensvoraussetzungen . . . . .	405
6	Bezeichnung des Wirtschaftsgutes . . . . .	406
	6.1. Alte Rechtslage . . . . .	406
	6.2 Neue Rechtslage . . . . .	410
7	Berechnung des Höchstbetrages . . . . .	412
8	Besonderheiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern . . . . .	412
9	Entstehen von Verlusten . . . . .	415

10	Auflösung des Investitionsabzugsbetrages . . . . .	415
	10.1 Allgemeines . . . . .	415
	10.2 Übereinstimmung zwischen den tatsächlichen und prognostizierten Anschaffungskosten. . . . .	416
	10.3 Tatsächliche Anschaffungskosten sind höher als die prognostizierten . . . . .	417
	10.4 Tatsächliche Anschaffungskosten sind niedriger als die prognostizierten . . . . .	417
	10.5 Folgen einer Nichtinvestition . . . . .	418
	10.6 Konsequenzen bei Verstoß gegen die Verbleibens- und/oder Nutzungsvoraussetzungen. . . . .	421
11	Verfahrensfragen . . . . .	423
<b>XI</b>	<b>Spezifische Prüfungsschwerpunkte im Baugewerbe. . . . .</b>	<b>427</b>
1	Branchenspezifische Besonderheiten im Baugewerbe und deren Ursachen . . . . .	427
2	Nachversteuerung von verkürzten Beträgen. . . . .	429
3	Streichung des Betriebsausgabenabzugs wegen fehlender oder unzureichender Empfängerbenennung . . . . .	430
4	Probleme bei der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs. . . . .	434
<b>XII</b>	<b>Steuerchaos Gaststättengewerbe . . . . .</b>	<b>441</b>
	Schrifttum . . . . .	441
	Verwaltungsanweisungen . . . . .	441
1	Wirtschaftliches Umfeld der Branche. . . . .	442
2	Ordnungsmäßigkeit der Buchführung . . . . .	443
	2.1 Allgemeines . . . . .	443
	2.2 Folgen der Schätzung. . . . .	450
3	Umkippen eines Besteuerungsverfahrens in ein Steuerstrafverfahren. . . . .	451
	3.1 Strafrechtliche Risiken für Großhändler. . . . .	451
	3.2 Spezifische Risiken für involvierte Berater (und Ge- schäftspartner) . . . . .	451
	<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>453</b>